

Hubertus Heil

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

SPD

www.hubertus-heil.de

NEWSLETTER

Februar 2010

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

auch in unserer Region wird immer deutlicher, wie schädlich die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ist.

Besonders in der Steuer- und Finanzpolitik erleben unsere Städte und Gemeinden, wie sehr sie von CDU/CSU und FDP finanziell ausgeplündert werden. Dies hat vor allen Dingen negative Folgen für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region, weil durch diese verfehlte Politik notwendige Investitionen, etwa bei Bildung und Verkehrsinfrastruktur unterbleiben, kommunale Abgaben steigen und die Leistungen der Daseinsvorsorge schlechter werden.

Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion ist es meine vorrangige Aufgabe, dieser Bundesregierung im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sozialdemokratische Alternativen entgegen zu stellen. Das betrifft aktuell z. B. die Zukunft der Job-Center, diese dürfen nicht zerschlagen werden, damit die Unterstützung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand geleistet werden kann.

Lesen Sie über diese und weitere Themen in diesem Newsletter.

Herzlichst

Ihr



Kontakt zu Hubertus Heil

Wahlkreisbüro Peine

Goethestraße 16
31224 Peine
Telefon: 05171-50 683 14
Telefax: 05171-50 683 99
E-Mail: hubertus.heil@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 11
38518 Gifhorn
Telefon: 05371-15 269
Telefax: 05371-93 29 25
E-Mail: hubertus.heil@wk2.bundestag.de

SPD-Bezirksbüro Braunschweig

Schloßstr. 8
38100 Braunschweig
Telefon: 0531 - 4 80 98 -0
Telefax: 0531- 4 80 98 50
E-Mail: bezirk.braunschweig@spd.de

Bundestagsbüro in Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-737 10
Telefax: 030-227-767 10
E-Mail: hubertus.heil@bundestag.de

SPD

Impressum - Wahlkreis Info
Herausgeber: Hubertus Heil, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Nachrichten

Mehr als 300 Gäste beim SPD-Neujahrsempfang in Braunschweig

Mehr als 300 Gäste konnten den Bundestagsabgeordneten und SPD-Bezirkschef Hubertus Heil und die Braunschweiger Unterbezirksvorsitzende Carola Reimann als Gastgeber beim SPD-Neujahrsempfang begrüßen. Als Ehrengast und Rednerin zum Thema „**Bildung und Familie – was brauchen unsere Kinder?**“ begeisterte Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretende Vorsitzende der SPD.

Und es war ein etwas anderer Neujahrsempfang, nicht nur weil er unter einem ganz wichtigem thematischen Schwerpunkt stand, sondern weil es in erster Linie viele ehrenamtlich Tätige waren, die der Einladung in die Räume der Öffentlichen Versicherung Braunschweig folgten.



+++ mehr unter www.spd-bezirk-braunschweig.de +++



Hubertus Heil:

„Schwarz-gelb muss die beabsichtigten weiteren Vorhaben für Steuersenkungen stoppen. Allein die vollzogenen und angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung summieren sich auf Einnahmeausfälle für die Kommunen in Höhe von rund 4 Milliarden Euro jährlich.“

Heil fordert Rettungsschirm für Kommunen

Immer mehr Städte und Gemeinden müssen ihre Theater, Schwimmbäder oder Jugendtreffs schließen, weil die schwarz-gelbe Koalition durch ihre Steuerpolitik den Kommunen dringend benötigte Einnahmen entzieht. Hubertus Heil fordert deshalb einen Rettungsschirm für die Kommunen. Um die Finanzlage der Kommunen zu stabilisieren, hat die SPD am Montag ein kurzfristig wirksames Maßnahmenpaket beschlossen. Die SPD fordert die schwarz-gelbe Koalition auf, dafür zu sorgen, dass die Kommunen eine vollständige Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten.

„Zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen muss der Bund zusätzlich und befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld-II-Bezieher um 3 Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rund 400 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen“, erklärt Heil. Die finanziellen Einbrüche bei den Kommunen haben enorme Auswirkungen auf das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Wohl der Menschen in den Städten und Gemeinden.

+++ mehr unter www.spdfraktion.de +++

Urteil des Bundesverfassungsgerichts - Mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche

Das Wichtigste aus dem Urteil in Kürze:

- Das Urteil sorgt für mehr Klarheit und Transparenz bei der Bemessung der Regelsätze im SGB II.
- Für Kinder müssen eigene Regelsätze berechnet werden, die sich stärker an den realen und altersbezogenen Bedürfnissen orientieren.
- Die turnusmäßige Überprüfung des Bedarfs und eine entsprechende Anpassung wird neu gestaltet.
- Der Gesetzgeber muss bis zum 31.12.2010 reagieren und die Forderungen der Bundesverfassungsrichter umsetzen.



Die wichtigsten Konsequenzen aus dem Urteil der Verfassungsrichter:

- Die Politik muss mehr für Kinder und Jugendliche in Deutschland tun. Die SPD setzt sich für eine verbesserte Infrastruktur vor Ort ein: qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen, Ganztagschulen und ein warmes und gesundes Mittagessen für jedes Kind.
- Das Urteil hat auch eine arbeitsmarktpolitische Dimension. Es müssen jetzt endlich Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung eingeleitet werden und Deutschland braucht den gesetzlichen Mindestlohn.

Für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand



Die bisherigen Pläne der Bundesregierung, die Jobcenter zu zerschlagen, wären für die 6 Millionen Langzeitarbeitslosen eine Katastrophe: Sie müssten zwei Behörden aufsuchen, zweimal Anträge stellen, ihre Anträge würden zweimal geprüft und sie bekämen zwei Bescheide. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Dezember 2007 entschieden, dass eine Mischverwaltung bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, und bis Ende 2010 eine Neuregelung gefordert. Dazu Heil: „Unsere Vorschläge für die dafür notwendige Grundgesetzänderung liegen auf dem Tisch und bilden jetzt die Grundlage der Verhandlungen zwischen der Union und der SPD. Im Sinne der Betroffenen muss jetzt zügig und ernsthaft verhandelt werden“

+++ mehr unter www.hubertus-heil.de +++

Zitat des
Monats



"Röttgen ist Atomlobbyist im grünen Mäntelchen"

Umweltminister Norbert Röttgen bemüht sich inzwischen um ein atom-kritisches Image. Dabei will auch er die Laufzeit von alten Schrottreaktoren verlängern. Die Folgen: Höheres Risiko für die Menschen, deutlich mehr Atom-müll und die Gefährdung tausender Jobs in Zukunftstechnologien. Der Minister "ist ein Atomlobbyist im grünen Mäntelchen", kommentierte daher der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel.

Bericht aus Berlin



Perspektive für militärischen Abzug aus Afghanistan

Die SPD fordert eine verbindliche Abzugs-Strategie aus Afghanistan und schlägt dafür den zeitlichen Korridor von 2013 bis 2015 vor. Auf der SPD-Fachkonferenz mit internationalen Experten kritisierte der Vorsitzende Sigmar Gabriel fehlende Konzepte der Bundesregierung. Grundlage für den Abzug müsse die Stärkung des zivilen Engagements, der afghanischen Sicherheitskräfte und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sein.

Die Bundesregierung orientiert sich bei ihrer Afghanistan-Strategie weitgehend am SPD-Konzept. Einzelheiten, vor allem rund um die von Schwarz-Gelb geplante Einsatzreserve, müssten aber noch geprüft werden, betonte Frank-Walter Steinmeier. Scharf kritisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Außenministers die Wortwahl Westerwelles – damit drohe eine weitere Eskalation der Lage. Die Bundesregierung hatte sich spät auf eine Strategie für das weitere Engagement Deutschlands in Afghanistan festgelegt und Eckpunkte erst zwei Tage vor der internationalen Konferenz in London öffentlich gemacht. Abgeschrieben hatte Schwarz-Gelb dabei in weiten Teilen beim SPD-Konzept: Deutliche Aufstockung der zivilen Hilfe für den Wiederaufbau, mehr Ausbilder für Polizei und Militär und eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr.

+++ mehr unter www.spdfraktion.de +++

Diesmal: Kopfpauschale sprengt Steuersystem

100 TAGE SCHWARZ-GELB

Die FDP riskiert mit der Einführung der Kopfpauschale die Enteignung von Steuerzahlern. Dies legt zumindest eine Auskunft des Finanzministeriums nahe, wonach der Spitzensteuersatz auf bis zu 100 Prozent steigen müsste, um den notwendigen Sozialausgleich zu finanzieren. Das beunruhigt inzwischen auch die Union.

Der radikale Umbau des Gesundheitssystems von der solidarischen Versorgung hin zu einer Kopfpauschale zählt zu den Grundpfeilern der FDP-Politik und ist zentraler Bestandteil des schwarz-gelben Koalitionsvertrages. Gesundheitsminister Philipp Rösler treibt das Projekt ungeachtet heftiger Kritik von der Opposition, Experten und zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen voran.

100 Tage Klientelpolitik für Hoteliers, Erben, Steuerberater, Spekulanten, Apotheker, Pharmaindustrie und die Atomlobby

Das umstrittene Vorhaben sieht einen einheitlichen Beitrag aller Versicherten vor: Die Sekretärin zahlt denselben Betrag wie der Manager, die Krankenschwester dasselbe wie der Chefarzt. Die absurde Ungerechtigkeit will die FDP über einen Sozialausgleich im Steuersystem mildern.

+++ mehr unter www.spd.de +++

Terminhinweis:
Afghanistan-Konferenz am
11.03 in Peine —> siehe S.5

Hubertus Heil unterwegs...

Am....

Was?

Mittwoch, 17. Februar 18 Uhr
im Bürgerschützenaal
Schützenplatz 3, Gifhorn

...spricht Hubertus Heil beim Politischen Aschermittwoch der Gifhorner SPD.

Donnerstag, 18. Februar 15 Uhr
Egon-Bahr-Haus
Goethestr. 16, Peine

...lädt Hubertus Heil ein zu einer Veranstaltung „Postalische Versorgung im ländlichen Raum“ mit dem regionalen Politikbeauftragten der Deutschen Post, Stephan Siekmann.

Donnerstag, 11. März
19 Uhr im
Egon-Bahr-Haus
Goethestr. 16, Peine



...findet eine Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Afghanistan statt: Zu Gast ist **Gernot Erler**, stv. Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik.

Mehr zum Thema:

Wie geht es weiter in Afghanistan? Das deutsche Engagement in Afghanistan ist in den vergangenen Tagen und Wochen intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Das ist gut, denn den verstärkten Zweifeln am Sinn des militärischen und zivilen deutschen Beitrages in Afghanistan kann nur mit einer sinnvollen Strategie entgegengetreten werden, die eine breite Unterstützung erfährt. Die Stärkung des zivilen Engagements sowie des wirtschaftlichen Aufbaus muss im Zentrum der Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft stehen.

Wie können wir es schaffen, die demokratische gesellschaftliche Entwicklung in Afghanistan voranzubringen? Was bringen Aussteigerprogramme? Welche Voraussetzungen für einen verbindlichen Abzug aus Afghanistan brauchen wir?

Anmeldung unter hubertus.heil@wk.bundestag.de oder 0 51 71-5 06 83 14.

Sonntag, 7. März 10 Uhr
Gaststätte „Zum Camper“
Tankumsee
Dannenbütteler Weg 7, Isenbüttel

...nimmt Hubertus Heil an der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Rötgesbüttel teil.

Dienstag, 9. März 19 Uhr
im Gasthaus Staats
Lengede

...nimmt Hubertus Heil an der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Lengede teil und ehrt Mitglieder für 25jährige und 40jährige Mitgliedschaft bei der SPD.

Sonnabend, 20. März 11 Uhr
Egon-Bahr-Haus,
Goethestr. 16, Peine

...lädt Hubertus Heil zum Frühschoppen ein.

Sonnabend, 20. März 14.30 Uhr
Deutsches Haus, „Scheune“
Torstr. 11, Gifhorn

...findet die Jahreshauptversammlung der Gifhorner AG 60plus statt. Hubertus Heil berichtet auf der Hauptversammlung über die aktuelle Lage in Berlin und im Bezirk Braunschweig.